

Feminismus

Anspruchsvoll – gering entlohnt – weiblich

Von Petra Stanius | 28. Juli 2015

Der Lohn, den die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst für ihre Arbeit erhalten, entspricht nicht den hohen Anforderungen, die an sie gestellt werden. Ihre Forderung ist so klar wie berechtigt: Die Tätigkeiten von ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen müssen aufgewertet werden. Warum wird wichtige Arbeit nicht angemessen bezahlt?

Die kommunalen „Arbeitgeber“ reagieren auf die Forderung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst mit der verbalen Anerkennung ihrer Arbeit, um dann gleich – mit Verweis auf die leeren Kassen der Kommunen – ihre finanziellen Forderungen als unerfüllbar zurückzuweisen.

Der Arbeitskampf der ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen berührt einen kritischen Punkt: Wie viel zusätzliches Geld soll in Bereiche wie frühkindliche Bildung und die Pflege von Alten und Kranken fließen? Oder mit anderen Worten: Wie viel Geld soll in dieser Gesellschaft für die Reproduktion (die beständige Erneuerung) der menschlichen Arbeitskraft zusätzlich zur Verfügung gestellt werden?

Reproduktion

Um die unbezahlte, aber für die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft notwendige Arbeit in der Familie zu benennen, wurde von MarxistInnen/FeministInnen der Begriff „Reproduktionsarbeit“ geprägt. Hierzu zählen die Hausarbeit und die Familienarbeit: die Organisation des Alltags, das Aufziehen und Erziehen der Kinder sowie die Versorgung der Kranken und der ehemaligen Arbeitskräfte. Diese Tätigkeiten werden traditionell von Frauen ausgeführt. Ausgangspunkt dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung war die Gebärfähigkeit der Frau, wobei das Gebären der zukünftigen Arbeitskräfte ebenfalls zur Reproduktion gehört.

Ist die Reproduktion nicht gewährleistet, ist auch keine Produktion mehr möglich.

Die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft wird zwar hauptsächlich, jedoch nicht ausschließlich, durch unbezahlte Haus- und Familienarbeit sichergestellt. Auch die bezahlte Tätigkeit in Krankenhäusern und Altenheimen gehört dazu – und die Arbeit der ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen.

Um die Gesamtheit der sorgenden Tätigkeiten benennen zu können, unabhängig davon, ob sie bezahlt oder unbezahlt sind und wo sie ausgeübt werden, wurde der Begriff Sorgearbeit – oder Care-Arbeit – entwickelt.

Ob die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft durch unbezahlte Haus- und Familienarbeit, im Rahmen staatlicher Daseinsfürsorge oder durch profitorientierte private Unternehmen sichergestellt wird, hängt von verschiedenen Faktoren wie dem Bedarf der Wirtschaft oder dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ab. Das Hausfrauenkonzept, bei dem der Mann als Alleinverdiener für das Einkommen der Familie sorgt, während die Frau sich um Haushalt und Familie kümmert, hat in den letzten Jahrzehnten deutlich an Bedeutung verloren.

Dagegen hat die bezahlte Care-Arbeit zugenommen.

Care-Arbeit

Trotz deutlicher Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit ist die (unbezahlte) Reproduktionsarbeit nach wie vor weiblich. Dies gilt auch für die bezahlte Care-Arbeit. Die traditionelle gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wurde durch die Umwandlung von unbezahlte in bezahlte Care-Arbeit nicht aufgehoben.

Die Arbeit in Kitas, in Pflegeberufen, in der Sozialarbeit und in privaten Haushalten beinhaltet Tätigkeiten, die nach dem traditionellen Rollenbild Frauen aufgrund den ihnen zugeschriebenen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten besonders liegen. Auch heute noch haben die alten Rollenzuschreibungen einen großen Einfluss auf die Berufswahl von Mädchen und Jungen. Mädchen wählen typische „Frauenberufe“, obwohl die Bezahlung – bei hohen Anforderungen – vergleichsweise schlecht ist.

Ist die Bezahlung so dürftig, weil hauptsächlich Frauen in diesen Berufen arbeiten und die Tätigkeiten darum gering geschätzt und entsprechend bewertet werden?

Die Geringschätzung bestimmter Arbeiten, die Frauen angeblich allein aufgrund ihres Geschlechts ausführen können, führt zu magerer Entlohnung. Auch wenn tatsächlich eine qualifizierte Ausbildung für die Ausübung des „Frauenberufes“ nötig ist, hindert dies nicht, ihn als einfache Tätigkeit zu bewerten und entsprechend zu bezahlen. Bezeichnende Beispiele hierfür sind die „Putzfrau“ und die „Basteltante“.

Hinzu kommt: Auch wenn das Hausfrauenkonzept heute kaum noch eine Rolle spielt, hält sich das Bild von der Frau als „Hinzuverdienerin“ hartnäckig.

Profiträte

Tatsächlich hat die unangemessen geringe Bezahlung von Care-ArbeiterInnen nicht nur eine ideologische Rechtfertigung, sondern einen handfesten Hintergrund:

Care-Arbeit ist, wie oben ausgeführt, unabdingbare Voraussetzung für die Produktion – und damit für das Funktionieren des Kapitalismus. Die Mittel, die in diesen Bereich fließen, gehen jedoch vom gesellschaftlichen Mehrprodukt ab. Das bedeutet: die Profiträte wird entsprechend geschmälert. Somit soll im Interesse der KapitaleignerInnen möglichst wenig Geld für Care-Arbeit aufgewandt werden. Die Löhne sind dabei ein wichtiger Kostenfaktor. Care-Arbeit ist zeitintensiv und nicht in der Weise rationalisierbar wie die Güterproduktion.

Wird die Kindererziehung allein von der nicht berufstätigen Mutter übernommen – wie beim Hausfrauenkonzept –, so muss der Lohn des Mannes so hoch sein, dass die ganze Familie davon leben kann, um die Reproduktion sicherzustellen. Geht auch die Mutter einer Erwerbstätigkeit nach, so muss die Kinderbetreuung auf eine andere Weise sichergestellt werden, zum Beispiel durch eine Kita. Sollen die dadurch entstehenden Kosten von den Eltern übernommen werden, müssen sie diese von ihrem Lohn bestreiten können. Ist die frühkindliche Erziehung und die Betreuung der Kinder dagegen eine kostenlose staatliche Leistung, so steht dies den neoliberalen Bestrebungen entgegen, staatliche Leistungen zugunsten der Profite nach unten zu fahren. Können weder die Eltern noch der Staat diese Kosten tragen bzw. die Kinderbetreuung durch eigene organisatorische Anstrengungen sicherstellen, so ist die Reproduktion der

menschlichen Arbeitskraft auf Dauer nicht mehr gewährleistet. Die Löhne müssten erhöht und / oder staatliche Leistungen ausgebaut werden, um die Produktion auf lange Sicht aufrecht zu erhalten.

Dies ist das Feld, auf dem sich die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst bewegen: Setzen sie mit ihrem Arbeitskampf die zu Recht geforderte Aufwertung ihrer Berufe durch, so hat dies nicht nur Auswirkungen auf die Kommunen, bei denen sie beschäftigt sind. Dadurch, dass der Bereich der Reproduktion betroffen ist, sind Unternehmen aller Branchen betroffen – in Form von Steuererhöhungen oder einer allgemeinen Steigerung des Lohnniveaus.

Die Verantwortlichen von ihrem Anliegen überzeugen können ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen letztlich nur durch spürbaren Druck – etwa mit einem breiten, unbefristeten Streik. Da sie – anderes als zum Beispiel die GdL – selbst keinen ökonomischen Druck ausüben können, wären Bündnispartner wichtig, die sie mit Solidaritätsstreiks unterstützen. Dies könnte durch eine Bündelung von Arbeitskämpfen erreicht werden. Eine sichtbare Unterstützung von außen, auch und gerade von den Eltern, baut zusätzlichen politischen Druck auf. Ob eine angemessene Bezahlung möglich ist, ist letztlich keine Frage voller oder leerer Kassen der Kommunen, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 28. Juli 2015
in der Kategorie: **Feminismus**, **RSB4**.